

# EUROPA! JETZT! ABER RICHTIG!



## Positionspapier zur Europawahl

Die Gewerkschaftsjugend setzt sich seit jeher für ein soziales, solidarisches und starkes Europa ein. Wir wissen, dass sich die Probleme der globalisierten Welt nicht in nationalen Alleingängen lösen lassen. Die Begrenzung des Klimawandels, der digitale Wandel der Wirtschaft, der demographische Wandel und auch die Integration von Geflüchteten: Diese großen Aufgaben kann nur ein soziales Europa der Gemeinsamkeit und Solidarität angehen, nicht ein Europa der Isolation und Ausgrenzung.

Die Wahl des Europaparlaments am 26. Mai 2019 wird zu einer Richtungsentscheidung für die Zukunft. Für die Gewerkschaftsjugend ist klar, dass nur eine starke Europäische Union des sozialen Fortschritts der richtige Weg in die Zukunft ist. Doch dafür braucht es auch einen Kurswechsel in Europa.

Wir brauchen ein Europa, in dem niemand wirtschaftlich und sozial abgehängt wird. Wir brauchen ein Europa, welches soziale Grundrechte vor die Binnenmarktfreiheiten stellt. Wir brauchen ein Europa mit guter Arbeit, guter Ausbildung und fairen Löhnen. Wir brauchen ein Europa der Investitionen. Wir brauchen ein Europa, das solidarisch in schwierigen Zeiten zueinanderhält. Deshalb wollen wir Europa. Jetzt aber richtig!

Eine hohe Wahlbeteiligung, insbesondere unter jungen Menschen, kann die politischen Kräfte stärken, die sich für ein solches soziales und demokratisches Europa einsetzen. Ein solcher Einsatz ist wichtig, denn zahlreiche rechtspopulistische, nationalistische und nicht zuletzt auch extrem rechte Kräfte wollen Europa schwächen. Der Brexit und zahlreiche rechte Regierungen zeigen leider, wie akut diese Bedrohungen sind. Umso wichtiger ist es, dass vor allem junge Menschen am 26. Mai ihr Wahlrecht nutzen und eine Schwächung Europas verhindern.

# EUROPA! JETZT! ABER RICHTIG!



## 1 Für gute Arbeit und Ausbildung in Europa

Unter den Auswirkungen der vergangenen Wirtschafts- und Finanzkrise leiden auch weiterhin viele junge Menschen. Zwar ist die Jugendarbeitslosenquote in den vergangenen Jahren insgesamt gesunken, dennoch haben einige Länder weiterhin große Probleme dabei, Jugendlichen eine sichere Perspektive durch den Einstieg in das Berufsleben zu garantieren. In Griechenland sind weiterhin knapp 40 Prozent der Jugendlichen unter 25 Jahren ohne Job. In Spanien und Italien sind etwa 30 Prozent der jungen Menschen von dieser Situation betroffen.

Die desaströse Sparpolitik der vergangenen Jahre hat hierbei das Problem für junge Menschen verschärft und dazu geführt, dass das Vertrauen in Europa in diesen Ländern zumindest bedroht ist. Es ist wichtig, das Vertrauen wieder zurückzugewinnen. Hier bedarf es dringender Investitionen und tatsächlicher Perspektiven statt prekärer Beschäftigungsmaßnahmen für junge Menschen. Es handelt sich aber nicht nur um ein Problem von Jugendlichen in Griechenland, Spanien und Italien: Der Anteil junger Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen ist allgemein in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Es braucht deshalb ernstzunehmende Mindeststandards in der Arbeits- und Sozialpolitik, die junge Menschen absichern und ihnen eine gute Arbeit garantieren.

Solche Standards müssen auch für die Ausbildung in Europa um- und durchgesetzt werden. Der von den Gewerkschaften initiierte »Europäische Rahmen für eine hochwertige und nachhaltige Ausbildung« wurde von der Europäischen Kommission als Empfehlung an die Mitgliedsländer weitergegeben. Hier braucht es mehr als Empfehlungen: Mindeststandards müssen europaweit durchgesetzt werden.

Die Gewerkschaftsjugend begrüßt die Etablierung der Europäischen Säule sozialer Rechte im November 2017. Europa braucht einen sozialen Kurs! Wir fordern nun eine tatsächliche Umsetzung dieser sozialen Säule. Es braucht ernstzunehmende Mindeststandards in der Arbeits- und Sozialpolitik der EU-Mitgliedsstaaten mit Rechtsverbindlichkeit und Rückschrittverboten.



### WIR FORDERN:

- einheitliche europäische Mindeststandards für Ausbildung und Praktika
- die Vorrangigkeit von sozialen Rechten gegenüber der Binnenmarktfreiheit
- eine Absicherung der hochwertigen Ausbildungsstandards
- die Beibehaltung der Meisterpflicht, die für hohe Standards sorgt
- eine Fachkammer für Arbeits- und Sozialrecht auf europäischer Ebene

## 1.1 Jugendgarantie fortführen und verbessern

Im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit wurde die Jugendgarantie durchgesetzt. Sie sollte gewährleisten, dass alle jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre Ausbildung abgeschlossen haben, ein Job- oder Ausbildungsplatzangebot oder einen Praktikumsplatz erhalten. Die Gewerkschaftsjugend hat die Einführung dieser Garantie und der damit verbundenen Gelder ausdrücklich unterstützt und auch eingefordert.

In Ländern, in denen die Umsetzung der Jugendgarantie zusammen mit den Sozialpartnern geplant wurde, konnten sehr gute Erfolge erzielt werden. Wir fordern, dass eine Beteiligung der Sozialpartner bei der Entwicklung der Maßnahmen zwingend ist. Der Fokus soll auf zukunftssichere Beschäftigung gesetzt werden.

Die Jugendarbeitslosigkeit konnte zwar im Durchschnitt reduziert werden, der Anteil an Jugendlichen, die sich weder in Ausbildung, Beschäftigung noch Bildung befinden (Not in Education, Employment or Training; NEET), ist jedoch annähernd gleichgeblieben. In einer sich verändernden Arbeitswelt mit weiter steigenden Qualifikationsanforderungen droht die Gefahr, dass sich diese Menschen immer weiter von einem möglichen Einstieg in das Berufsleben entfernen. Deshalb fordern wir, dass sich zukünftige Programme stärker an diese Personen richten und auch der Anwendungsbereich der Jugendgarantie auf bis zu 27-Jährige erweitert wird.



### WIR FORDERN:

- eine bessere Ausfinanzierung der Programme zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit
- eine zwingende Beteiligung der Sozialpartner bei Beschäftigungsmaßnahmen für Jugendliche
- eine Erweiterung der Jugendgarantie auf bis zu 27-Jährige
- eine gezielte Förderung für Jugendliche, die sich weder in Ausbildung, Beschäftigung oder Bildung befinden (NEETs)
- qualitativ hochwertige Angebote mit Ausrichtung auf zukunftssichere Beschäftigung
- Maßnahmen gegen die prekäre Beschäftigungssituation vieler Menschen in Europa

## 1.2 Faire Mobilität, Austausch und Beteiligung

Die Gewerkschaftsjugend steht zur Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit. Allerdings müssen Sozial- und Lohndumping durch europäische Regelungen und Strukturen unterbunden werden. Der Beschäftigtenschutz und die Mitbestimmung müssen stets Vorrang gegenüber der Binnenwirtschaft genießen.

Die soziale Absicherung muss zwischen den Mitgliedsländern besser übertragbar sein, Lebensstandards müssen sich schneller angleichen. Wir brauchen deshalb Mindestlöhne, die über nationalen Armutsschwellen liegen. Gleichzeitig darf die Tarifhoheit der Gewerkschaften nicht angetastet werden.

Außerdem muss die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an soziale Standards geknüpft werden. So sollten sie beispielsweise nur an Unternehmen mit Tarifbindung vergeben werden.

Die DGB-Jugend begrüßt das Vorhaben der Kommission zur EU-Jugendstrategie und die Einrichtung der Stelle eines Europäischen Jugendkoordinators. Die Jugendstrategie muss auch aktiv die Mitbestimmung von jungen Menschen in den Betrieben fördern und das Engagement von Jugendvertreter\_innen wertschätzen. Die Jugend muss eine größere Rolle in der betrieblichen und außerbetrieblichen Interessenvertretung spielen. Entsprechend sollen hier Maßnahmen gefördert werden, die zu einer besseren Sichtbarkeit beitragen.

Die Gewerkschaftsjugend begrüßt das derzeitige Vorhaben, im mehrjährigen europäischen Finanzrahmen die Mittel der Erasmus-Programme zu verdoppeln. Da die Anzahl der geförderten Austausche aber verdreifacht wird, handelt es sich bei der Mittelvergabe indirekt um eine Kürzung. Wir fordern eine bessere finanzielle und institutionelle Ausstattung des Erasmus-Programms. Gleichzeitig soll die Förderung des Austauschs von Auszubildenden deutlich verbessert werden. Das hierfür initiierte ErasmusPro ist derzeit kaum sichtbar und unterfinanziert.



### WIR FORDERN:

- eine Verbesserung der Übertragung der sozialen Absicherung wie z. B. Rentenansprüche zwischen den Mitgliedsländern
- eine faire Mobilität, welche die Rahmenbedingung für mobile Beschäftigte deutlich verbessert (Equal Pay, Equal Rights und Verhinderung von Sozial- und Lohndumping)
- eine Förderung der Mitbestimmung und Beteiligung von Jugendlichen in betrieblichen und außerbetrieblichen Interessenvertretungen – beispielsweise durch europäische Jugend- und Auszubildendenvertretungen analog zu europäischen Betriebsräten
- eine bessere institutionelle und finanzielle Ausstattung des Erasmus-Programms mit stärkerem Fokus auf Auszubildende

## 2 Umverteilung und Steuergerechtigkeit

In Europa mangelt es nicht an Geld, das Geld ist nur ungerecht verteilt. Die Gewerkschaftsjugend fordert einen Kurswechsel in der europäischen Wirtschaftspolitik – wir brauchen eine Wirtschafts- und Fiskalunion mit einem EU-Finanz- und Sozialministerium. Wir brauchen ein Ende der Austeritätspolitik, die in vielen Ländern gerade die Beschäftigungssituation und soziale Sicherung von jungen Beschäftigten verschlimmert hat und eine Belastung für zukünftige Generationen darstellt. Eine dringend benötigte Investitionspolitik für strukturschwache Länder wurde unterlassen. Wir brauchen eine solidarische Absicherung und ein Ende des Dogmas der Schwarzen Null.

Damit verbunden ist die Forderung nach einer europäischen Investitionsoffensive für die von der Krise besonders betroffenen Regionen als auch jene Regionen, welche durch die Digitalisierung und den Strukturwandel besonders betroffen sein werden. Wir brauchen hier eine Investition und Bildung und das gewerkschaftliche Konzept der »Just Transition«, welche den Wandel gerecht und nachhaltig gestalten kann. Hierfür muss die EU eine aktivere Investitionspolitik betreiben.

Um dies zu ermöglichen, brauchen wir eine konsequentere Besteuerung von Unternehmen und Finanzmärkten. War es doch vor allem die Deregulierung der Finanzmärkte, die zum Ausbruch einer der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrisen geführt hat. Von dieser Krise wurden die Superreichen allerdings nur kurzfristig tangiert, von der Leistungsbereitschaft von Millionen Arbeitnehmer\_innen haben sie aber profitiert.

Internet- und Technologiekonzerne wie Google, Facebook, Apple und Amazon profitieren vom digitalen Wandel und erwirtschaften Milliarden – zahlen aber kaum Steuern. So musste Apple in Irland lediglich 50 Euro Steuern auf eine Million Euro Gewinn zahlen.

Die gezielten Steuervermeidungsstrategien müssen gestoppt und die Steuerrabatte für solche Unternehmen endlich abgeschafft werden. Inner- und außereuropäische Steueroasen müssen trockengelegt werden. Der Standortwettbewerb um niedrige Unternehmensbesteuerung und Lohnnebenkosten muss ein Ende haben. Wir brauchen deshalb eine einheitliche Besteuerung von Unternehmen in Europa. Es gilt: Steuern müssen dort bezahlt werden, wo Wert geschöpft wird. Wir brauchen eine solidarische Gesellschaft und ein handlungsfähiges Europa, das in die Infrastruktur investiert und über die Ressourcen verfügt, auch langfristige gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen.



### WIR FORDERN:

- eine aktive europäische Industrie- und Dienstleistungspolitik
- ein Ende der Austeritätspolitik und des Dogmas der »Schwarzen Null«
- den Stopp der Privatisierung
- die Einführung einer europaweiten Transaktionssteuer sowie die Harmonisierung der europäischen Steuer- und Finanzsysteme
- eine Verbesserung des Ausgleichs zwischen strukturschwachen und strukturstarken Regionen in Europa
- die Investition in die Energiewende und die Förderung von Innovation in besonders betroffenen Regionen nach dem Konzept der »Just Transition«

### 3 Fluchtursachen bekämpfen, Sicherheit garantieren

Europa ist als Friedensprojekt gestartet und Europa muss das Versprechen des Friedens wieder erneuern. Es ist zwingend notwendig, dass die Mitgliedsländer gemeinsam die Fluchtursachen außerhalb Europas bekämpfen und sich um die Belange der vor Krieg und Verfolgung geflüchteten Menschen kümmern. Die Aufnahme und Integration von Geflüchteten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Europäischen Union.

Das Handeln der Mitgliedsstaaten und der Institutionen in der EU muss sich strikt nach dem Grundsatz »Die Würde des Menschen ist unantastbar« richten. Infolgedessen darf das Recht auf Asyl nicht zum Spielball politischer und populistischer Interessen werden. Die menschenwürdige Unterbringung, Versorgung und Integration muss als gemeinsame Aufgabe erkannt werden.

Es ist schlicht unmenschlich und skandalös, dass Menschen, die vor Krieg, Folter, Verfolgung und lebensbedrohlichen Situationen fliehen, an den Grenzen abgewiesen, in Lager gesteckt werden und sogar das Ertrinken von Menschen in Kauf genommen wird. Es braucht Sofortprogramme zur Rettung von Geflüchteten im Meer, wir dürfen das Sterben der Menschen nicht länger ignorieren! Seenotrettung darf nicht kriminalisiert werden, Menschenrechte müssen geschützt werden – sowohl Geflüchtete als auch Unterstützer\_innen bedürfen unserer Solidarität.

Die Dublin- II und III-Verträge widersprechen diametral einer gemeinsamen Verantwortung. Strukturschwache Regionen in Italien und Griechenland mussten Aufgaben wahrnehmen, während sich strukturstarke Länder in Zentraleuropa ihrer Verantwortung entzogen. Wir fordern eine Aufhebung der Dublin-Verträge und endlich europäische Regelungen, welche dem Friedens- und Gemeinschaftsgedanken Europas gerecht werden. Wir fordern, dass legale und sichere Möglichkeiten geschaffen werden, mit denen in jedem europäischen Land ein Antrag auf Asyl gestellt werden kann, um die Grenzregionen Europas zu entlasten. Die Asylantragsverfahren müssen insgesamt einfacher, toleranter und transparenter werden. Die Zusammenführung von Familienmitgliedern muss gefördert, die Integration von Geflüchteten garantiert werden.

Mit großer Verärgerung sehen wir, dass im mehrjährigen Finanzrahmen die Mittel für Frontex und den Schutz der Außengrenzen von 12,4 Mrd. Euro auf fast 33 Mrd. Euro erhöht werden sollen. Die Gewerkschaftsjugend fordert, dass diese Mittel für die Integration von Geflüchteten und die Investition etwa in die Einhaltung der Klimaziele investiert werden. Denn auch Klimaschutz ist Sicherheitspolitik: Bei einer weiteren Zunahme der Erderwärmung werden auch zunehmend Menschen ihre Heimat verlassen müssen, weil sie dort nicht mehr leben können.



#### WIR FORDERN:

- eine Neuausrichtung der Migrations- und Asylpolitik
- eine gemeinsame, gesamteuropäische Bekämpfung von Fluchtursachen
- ein Verständnis für Klimapolitik als Sicherheitspolitik
- keine Mittelkürzung im Zuge der Sicherheitsdebatte zu Lasten von Struktur- und Investitionsfonds
- die Schaffung eines Integrations- und Entwicklungsfonds zur besseren Unterbringung und Integration von Geflüchteten